

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Martin Stümpfig

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Benno Zierer

Abg. Florian von Brunn

Abg. Christoph Skutella

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5 b** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel im Freistaat

Bayern - Bayerisches Klimagesetz (BayKlimaG) (Drs. 18/16050)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit stehen 11 Minuten Redezeit für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verfügung. Ich eröffne zugleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor einem Monat ging mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ein Ruck durch Deutschland. Alle, die ihre Klimaschutzhausaufgaben nicht erledigt hatten – also CSU, CDU und SPD –, haben sich sehr beeilt, hier nachzubessern oder dies zumindest anzukündigen. In Berlin wurde schnell und hastig ein neues Klimagesetz zusammengeschrieben. Rasch wurden neue Ziele formuliert. Maßnahmen sind nicht enthalten. Dies hat die GroKo bisher nicht zustande gebracht.

Auch in Bayern regt sich etwas: Herr Ministerpräsident Söder hat zumindest gesagt, er müsse ankündigen, dass das Bayerische Klimaschutzgesetz komplett überarbeitet wird. Eine "Generalrenovierung" würde anstehen, obwohl das alte Gesetz – alt kann man gar nicht sagen – gerade einmal sechs Monate alt ist. Man müsse jetzt handeln, so Söder, und dürfe es nicht auf die lange Bank schieben. Seitdem warten wir, was kommt. Die Generalrenovierung lässt auf sich warten. CSU und FREIE WÄHLER kriegen beim Klimaschutz nichts gebacken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben unsere Hausaufgaben längst erledigt. Bereits im Jahr 2018 haben wir ein Klimaschutzgesetz eingebracht, das den Gedanken eines CO₂-Budgets zentral in sich trug. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat uns also nur bestätigt und bekräftigt. Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, haben wir deutschlandweit und in Bayern nur noch ein sehr begrenztes Budget, das möglichst schonend aufgebraucht werden muss, wenn man alle Einschränkungen für die zukünftigen Generationen nicht noch verstärken und den zukünftigen Generationen nicht noch mehr aufbürden will. Mehr denn je braucht es also jetzt schnelle Maßnahmen. Wir müssen um jedes Zehntelgrad kämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben also unser Klimagesetz ergänzt. Wir haben einige Punkte hinzugefügt, aber der Kern blieb erhalten. Warum ist es uns GRÜNEN viel leichter gefallen als der CSU und den FREIEN WÄHLERN? – Ich sage Ihnen, warum: Weil wir von Anfang an den Leitgedanken hatten, in Bayern so viel Klimaschutz wie nur möglich umzusetzen. Bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN war es das genaue Gegenteil. Ihr Leitgedanke war: Wie können wir so tun, als ob wir Klimaschutz machen, aber im Endeffekt so weitermachen wie bisher? – Damit haben Sie Schiffbruch erlitten. Hier in Bayern herrscht Stillstand. Noch schlimmer: Die CO₂-Emissionen steigen immer weiter. Was für ein Versagen der CSU und der FREIEN WÄHLER!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit unserem Klimagesetz machen wir heute erneut ein Angebot. Haben Sie den Mut zuzustimmen; wenn Sie den nicht haben, schreiben Sie wenigstens so viel wie möglich ab! Denn unser Klimaschutzgesetz hält Stand. Unser Gesetz nimmt die Herausforderungen des Klimawandels an; denn es ist höchste Dringlichkeit. Sie kennen alle den Klimareport von 2021: 1,9 Grad Erwärmung in den letzten 60 Jahren. 1,9 Grad! Seit 1985 haben wir pro Jahrzehnt einen Erwärmungstrend von 0,45 Grad. Dieser Trend

geht steil nach oben, fast ein halbes Grad jedes Jahrzehnt. Wir haben ein Wetter wie in einem Tropensommer. Schauen Sie raus in dieser Woche:

(Zuruf)

diese Sturzregen, diese Mengen! 60 Liter pro Quadratmeter. Das ist nicht normal für Mitteleuropa. Verantwortungsvolle Landespolitik muss deshalb fest im Blick haben, dass die maximale Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzt wird.

(Zuruf)

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was muss also rein in ein wirksames Klimagesetz? Was sind die Bausteine unseres Klimagesetzes 2021? – Zum Ersten. Das Wichtigste ist das Budgetziel. Das Budgetziel sagt hier ganz klar: 1,5 Grad können wir einhalten, indem wir noch eine Menge von XY CO₂ emittieren. 2018 hatten wir noch weit über tausend Millionen Tonnen in unserem Gesetz festgeschrieben. Das waren 2019 noch eintausend Millionen Tonnen. Jetzt sehen Sie im Gesetzentwurf im Artikel 5 siebenhundert Millionen Tonnen. Sie sehen, wie uns dieses Budget durch die Hände rinnt, und Sie von der Staatsregierung machen nichts. Jetzt haben Sie auch noch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass da ganz klar sagt: Dieses Handeln, dieser Stillstand, dieses Nichtstun ist gegen das Grundgesetz, ist gegen die Verfassung. Sie von der CSU und Sie von den FREI-EN WÄHLERN machen sich strafbar hier und heute und handeln zulasten der nächsten Generationen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt in unserem Klimagesetz sind Zwischenziele, Sektorziele. Wir brauchen Zwischenziele. Wir haben vier 5-Jahresscheiben festgelegt, wo klar festgehalten ist, welches Budget den Sektoren wie im Klimagesetz der Bundesregierung – Energie-

wirtschaft, Verkehr, Industrie, Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft – zur Verfügung steht. Das muss in ein bayerisches Klimagesetz ebenfalls rein. Die Zuständigkeit muss bei den einzelnen Ministerien liegen, bei der Frau Kaniber, beim Herrn Herrmann, bei der Frau Schreyer, beim Herrn Aiwanger. Das muss alles die Zuständigkeit der einzelnen Ministerien sein, wo auch wirklich Emissionen emittiert werden. Das ist ein zentraler Punkt. Ich erwarte, dass das Klimagesetz, wenn es jetzt renoviert wird, das auf jeden Fall enthält.

Als Instrument brauchen wir ein Landesklimaschutzkonzept, in dem die Ziele mit Maßnahmen hinterlegt werden. Die kann ich jetzt alle nicht aufführen. Aber das Landesklimaschutzkonzept ist ein zentraler Baustein.

Die öffentliche Hand darf nicht so klein geredet werden. Frau Osgyan, neulich hatten Sie im Hochschulausschuss die Debatte, ob denn nun die Hochschulen zur unmittelbaren Staatsverwaltung zählen oder nicht bzw. ob sie das Ziel der Klimaneutralität bis 2030 auch erreichen sollen. Da wird von der CSU kleinkariert diskutiert: Nein, wir lassen die Hochschulen außen vor.

(Zuruf)

Das ist doch die Speerspitze! Sie sind doch die Wegbereiter für den Klimaschutz! Die wollen Sie die rote Laterne tragen lassen. Wie kleinkariert, wie erbärmlich ist das! Genauso erbärmlich ist der bisherige Passus, wo Sie sagen: Die Kommunen können Klimaschutz machen, aber Finanzen dafür bekommen sie von uns nicht. – Das muss definitiv geändert werden. Die Kommunen müssen umfassend unterstützt werden. Denn dort findet die Energiewende, die Wärmewende, die Verkehrswende statt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu Wärme und Mobilität enthält unser Gesetzentwurf einige Passagen. Zur Klimaanpassung: Schwammstädte, Hitzepläne. Zu den Kohlenstoffspeichern, zu den Mooren, zu den Wäldern, zum Boden: Sie sollen wieder gestärkt werden. Ein ganz wichtiger

Punkt ist Monitoring. Bei der Klimagespräch letztes Jahr haben wir ganz klar gehört: Es hilft alles nichts, wenn nicht klar nachgeschaut wird, wenn die Kontrolle nicht besteht. Das muss einfach so sein: Wenn wir eine Zielverfehlung haben, dann muss es Sofortmaßnahmen geben. Dann müssen die einzelnen Ministerien, die dafür zuständig sind, Sofortmaßnahmen ergreifen. Hören Sie endlich auf die Wissenschaft, nicht nur auf die Lobbyverbände der Wirtschaft!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind die Instrumente. Zusätzlich müssen Sofortmaßnahmen rein, wie die Ausweisung von Flächen für Windkraft und für die Solarnutzung: zwei Prozent bzw. ein Prozent. Solarpflicht bei Neubauten, Sanierungen im Bestand, Parkplätze, staatlicher Fuhrpark nur noch mit E-Mobilität, 180 Euro Schattenpreis bei Anschaffungen der öffentlichen Hand.

(Zuruf)

Bis 2040 alle Moore wieder vernässen. – Und auch Zwischenziele: Bis 2023 wollen wir zehn Prozent der Moore vernässt haben. Und natürlich wollen wir die Abschaffung von 10 H. Die Energiewende wird stromgetrieben sein. Ich habe erst letzte Woche wieder eine Antwort auf eine Anfrage bekommen: drei Genehmigungsanträge für Windkraftanlagen gab es 2020, 2021 keinen einzigen Genehmigungsantrag! Wann begreifen Sie denn endlich, dass wir Windkraft brauchen und dass Windkraft mit 10 H nicht möglich ist? Schaffen Sie endlich 10 H ab!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen nicht nur Ziele in weiter Ferne, sondern wir brauchen auch zeitnahe Ziele.

Abschließend möchte ich Ihnen noch ein Zitat eines bekannten Landespolitikers vorlesen, der vor zwei Jahren in einem Interview auf die Frage, warum beim Klimaschutz so wenig voran geht, Folgendes gesagt hat: Maßnahmen zum Klimaschutz sind immer

wieder verschoben worden, was auch daran liegt, dass eine Generation von Politikern Ziele hat, die sie selbst nicht mehr erreichen muss. – Wer könnte die Tricks und die Niederungen der Politik so gut kennen? – Richtig geraten: Ministerpräsident Markus Söder. Was hat er bisher für den Klimaschutz getan? – Weite Ziele: Klimaneutralität 2040 – lange nach seiner Amtszeit, 65 % Reduktion bis 2030 – lange nach seiner Amtszeit. Wenn man genau hinschaut, was er geschafft hat in der Zeit, seit er Ministerpräsident ist, dann ist da nichts. Ich möchte nur noch ein Beispiel herausgreifen: 100 Windräder im Wald. Jetzt ist meine Anfrage beantwortet worden: Es ist gar nichts unternommen worden, keine einzige Maßnahme, nicht einmal ein Standortsicherungsvertrag. So wird es nicht funktionieren. So sieht keine verantwortungsvolle Politik aus. Mit unserem Gesetzentwurf zeigen wir Ihnen den Weg dorthin. Verstehen Sie ihn als Angebot.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Martin Huber für die CSU-Fraktion.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eines muss ich schon sagen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN: Da kann passieren was will, da können Sie bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt eine Klatsche bekommen, dass es nur so brummt,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

da können Unstimmigkeiten im Lebenslauf Ihrer Kanzlerkandidatin auftreten, dass im Vergleich dazu die Gebrüder Grimm als Faktenchecker erscheinen – all das ficht Sie nicht an. Das Gefühl, allen anderen moralisch überlegen zu sein, tragen Sie unbeirrt vor sich her.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mit moralischer Überlegenheit gelingt aber kein Klimaschutz. Damit gewinnen Sie auch keine Wahlen. Da wird es dann am Jahresende schwierig mit dem selbstgenehmigten Bonus.

Zu Ihrem Gesetzentwurf: Da gibt es eigentlich nicht viel zu sagen. Der Kollege Stümpfig hat es selber schon erwähnt: Er ist praktisch wortgleich mit minimalen Änderungen der Gesetzentwurf, den Sie bereits im Juli 2019 eingebracht haben. Damals wie heute gilt: Ihr Entwurf weist keinen Weg in die Zukunft. Sie delegieren Klimaschutz an die Kommunen.

Ich stelle mir schon diese Fragen: Wo ist bei Ihnen die Verbindung von Klimaschutz und Wertschöpfung? Wo ist bei Ihnen die Verbindung von Klimaschutz und Innovation? Wo ist bei Ihnen die Verbindung von Klimaschutz und Hightech? Wo ist bei Ihnen die Verbindung von Klimaschutz und Forschung und Entwicklung? – Nirgends. Es gibt sie nicht. In Ihrem gesamten Gesetzentwurf kommen diese Begriffe nicht einmal vor. Anzahl der Nennung von Innovation: null. Anzahl der Nennung von Forschung: null. Anzahl der Nennung von Cleantech: null. Anzahl der Nennung von Wasserstoff: null. Auf gut Deutsch: Was die Verbindung von Klimaschutz und Wertschöpfung angeht, ist Ihr Vorschlag eine Nullnummer. Kein Wort von Ihnen dazu, wie Sie die historische Aufgabe Arbeit, Wirtschaft, Klima und Umwelt miteinander zu verbinden, erfüllen wollen.

Wir stehen vor großen Herausforderungen und nehmen sie an. Der einstimmige Beschluss des Bundesverfassungsgerichts verpflichtet den Gesetzgeber, bis Ende 2022 die Reduktionsziele für die Treibhausgasemissionen für die Zeit nach 2030 genauer zu regeln. Das machen wir auch in Bayern zu unserer Aufgabe. Dabei wollen wir eine moderne Wirtschaft mit einer modernen Klimaschutzpolitik verbinden; denn für uns gehören Ökologie und Ökonomie ganz eng zusammen. Eine gesunde Umwelt und der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind für uns die Voraussetzung für eine langfristig stabile, wirtschaftlich nachhaltige und soziale Entwicklung. Nur mit innovativer Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz kann es gelingen, unsere

Wirtschaft umfassend fortzuentwickeln und den Klimaschutz hin zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft voranzutreiben.

Wir machen Tempo beim Klimaschutz. Unser Maßstab ist ein klimaneutrales Bayern bis 2040 und eine Reduktion der CO₂-Emissionen um mindestens 65 % bis 2030. Das Bayerische Klimaschutzgesetz wollen wir mit dieser Zielrichtung weiterentwickeln. Wir wollen durch unterschiedliche Maßnahmen besser, schneller und zukunftssicher weiter vorankommen, zum Beispiel mit dem Ausbau und der verstärkten Förderung des Anteils erneuerbarer Energien, unter anderem mit einer Photovoltaik-Pflicht für alle Neubauten in Bayern ab 2022 und dem Ausbau der Photovoltaik im Verkehrssektor.

Wir wollen den Ausbau von intelligenten und verlustarmen Stromnetzen sowie verstärkte Forschungsaktivitäten für intelligente Energiespeicher. Wir wollen gleichzeitig die Verstärkung der Anstrengungen zur Erforschung verschiedener Energiespeicherarten, wie Kurzzeitspeicher, mittelfristige Speicher, saisonale Speicher und Ultrakondensatoren.

Wir wollen auf Bundesebene auch ein beschleunigtes Ende der Kohleverstromung, noch vor 2038.

Ebenso gehört eine schnellere Umrüstung auf alternative Antriebe sowie die Verbesserung der Effizienz und Umweltbilanz von alternativen Kraftstoffen dazu.

Eine Wasserstoffstrategie für die Industrie wird benötigt, um grünen Wasserstoff als Grundstoff einsetzen zu können und hier viele Prozesse in der Produktion auf Klimaneutralität umzustellen.

Eine Förderung von Clean Economy ist vonnöten für eine Kreislaufwirtschaft der Zukunft.

Durch aktiven Moorbodenschutz speichern wir große Mengen CO₂ und sichern die Artenvielfalt.

Wir wollen die Stärkung von Urban Gardening, um auch die Innenstädte naturnäher und ökologischer zu gestalten.

Wir wollen die Potenziale der nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft durch mehr Bodenschutz mit Humuserhalt, Waldumbau und Grünland nutzen.

Wir wollen den Ausbau von Urban Mining, um das Rohstoffvermögen von Sekundärrohstoffen zu nutzen und gleichzeitig natürliche Ressourcen zu schonen.

Wir wollen auch die Unterstützung einer globalen Energiewende sowie den Ausbau und die Förderung des CO₂-Grenzausgleichsystems der EU bzw. eine Implementierung von CO₂-Handelssystemen in Handelsabkommen. Dabei dürfen wir nie vergessen, dass Klimaschutz ein fortwährender Prozess ist. Forschung und Innovation sind dabei unverzichtbar.

Natürlich wird auch der Freistaat Bayern zum Erreichen der Klimaschutzziele von Paris beitragen und mit dem Bayerischen Klimaschutzgesetz die eigenen Klimaschutzziele verbindlich festlegen, Mechanismen zur Überprüfung der Zielerreichung definieren und außerhalb des Klimaschutzgesetzes weiter konkrete Maßnahmen über alle Ressorts hinweg entwickeln. Das von den Regierungsfractionen überarbeitete Gesetz wird einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und die gesetzliche Grundlage zur Festlegung dieser Maßnahmen bilden. Bayern unterstützt damit kraftvoll die klimapolitischen Maßnahmen von Bund und EU. Wie Sie sehen, haben wir über das Bestehende hinaus noch eine ganze Menge Ideen, weit mehr, als in dem vorliegenden Gesetzentwurf der GRÜNEN enthalten sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Kollegen Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Huber, Sie haben jetzt oft gesagt: "Wir wollen, wir wollen, wir wollen." – Wir hören das seit Jahren, und es passiert nichts. Im Gegenteil, die CO₂-Emissionen in Bayern steigen sogar. Deswegen habe ich die konkrete Frage: Ministerpräsident Söder hatte "100 Windräder im Wald" als Ziel. Warum ist da nichts passiert? – Außerdem habe ich die Frage, wann das von Ihnen angekündigte Gesetz, das angeblich schon Ende Mai fertig sein sollte, zur Ersten Lesung eingebracht wird.

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Kollege Stümpfig, Sie bringen auch immer wieder die gleiche Leier: die CSU, die Staatsregierung und der Ministerpräsident würden immer nur Dinge ankündigen. Das Gegenteil ist richtig.

(Zuruf)

Schauen Sie sich an, was gerade unser Ministerpräsident Markus Söder im Bereich Klimaschutz vorangetrieben hat. Er steht dafür, gemeinsam mit der Staatsregierung den Gedanken des Klimaschutzes mit Wertschöpfung zu verbinden. Er treibt die Hightech Agenda voran, die viele Bereiche hat, Cleantech und den Aufbau des Ressourceneffizienzentrums zu einem Zentrum für Kreislaufwirtschaft. Das sind alles ganz konkrete Maßnahmen für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz und nicht nur Ankündigungen. Ich rede mir hier immer wieder den Mund fusselig.

(Zuruf: Wann?)

Das Problem ist nicht, dass nichts passiert. Das Problem ist, dass Sie es nicht hören und nicht sehen wollen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf: Wann?
– Sag, bis wann!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Zwischenbemerkung von Prof. Dr. Hahn, Vorsitzender der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Dr. Huber, Sie lehnen heute vermutlich wieder diesen Gesetzentwurf der GRÜNEN ab. Dabei haben Sie bei der CSU ja ganz ähnliche Ziele. Sie wollen den Kohleausstieg mit all den negativen Konsequenzen für unsere Energiepolitik. Sie wollen im Jahr 2040 ohne CO₂-Ausstoß sein. Da unterscheiden Sie sich doch überhaupt nicht von den GRÜNEN. Warum lassen Sie sich eigentlich immer von den GRÜNEN vor sich hertreiben, nur um dann scheinbar einen Gesetzentwurf abzulehnen und hier dann ein, zwei Jahre später genau diese Inhalte selbst umzusetzen?

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Kollege Hahn, wie ich heute lesen konnte, haben Sie sich ja geistig schon vom Bayerischen Landtag verabschiedet und wollten in den Bundestag streben. Das hat Ihre Basis nicht mitgemacht. Deswegen darf ich Sie zunächst noch einmal auf eine Verfahrensfrage hinweisen: Heute wird weder beschlossen noch abgelehnt. Heute ist die Erste Lesung, und dann geht der Gesetzentwurf mit der Verweisung in den Ausschuss. Das einmal als kleine Richtigstellung.

Des Weiteren ist aus Ihren Worten immer wieder deutlich geworden, dass Sie die Wissenschaft sowieso nicht akzeptieren und den Klimawandel leugnen. Insofern erübrigt sich da auch jegliche Diskussion.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf: Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Huber. – Nächster Redner ist Herr Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bayern! Wo bleibt die Klimaerwärmung, wenn man sie braucht? – Die GRÜNEN brauchen sie ja. Jetzt haben wir das Jahr 2021. Die älteste Klimastation der Erde ist bei uns in Bayern. Schauen Sie sich die Werte von Januar bis April an: Es war im Durchschnitt über ein Grad kälter als in den ersten vier Monaten der letzten dreißig

Jahre. Der letzte Monat, der Mai, war über drei Grad kälter als der Durchschnitt der letzten dreißig Jahre. Dies war der kälteste Mai seit dreißig Jahren.

(Beifall bei der AfD)

Schauen Sie sich die Niederschlagswerte an. Sie haben es eben angesprochen. Letztes Jahr war es Ihnen zu trocken. Jetzt hat es in den letzten Tagen zu viel geregnet. In diesem Jahr gab es über 20 Millimeter mehr Niederschlag – gegen Ihren Trockenstress sozusagen – als im Durchschnitt in ganz Deutschland. Das sind die Fakten, die Sie nie erwähnen, weil das in Ihre Theorie von der globalen Erwärmung nicht hineinpasst. Auch die Medien greifen das komischerweise nicht auf.

Irgendwann müssen Sie trotzdem mit so etwas um die Ecke kommen. Das machen Sie heute etwas ungelegen; denn Ihr Gesetzentwurf, diese grüne Politik, zeigt uns überhaupt keine Alternativen auf. Allein eine Sackgasse wird aufgezeigt. Sie tun das nur für Ihr grünes Image.

(Beifall bei der AfD)

Das sind unausgereifte Gesetzentwürfe, kreativ- und ideenlos. Das Einzige, was Sie hier machen wollen, ist die Reduktion von CO₂-Äquivalenten. Sie bringen Verbote statt Lösungen. Das ist die typische Politik der GRÜNEN. Dafür hat man natürlich schön gewürfelt. Sie haben einfach mal gesagt: Bis 2025 dürfen wir noch 320 Millionen Tonnen haben, aber ab dem Jahr 2040 gar nichts mehr. Dann ist die Bilanz des CO₂-Ausstoßes bei null.

Ja, das macht die CSU Ihnen nach, das wollen Sie ja auch. Also, grüne Politik und CSU-Politik unterscheiden sich hier überhaupt nicht. Wir wissen, wo unser Land hinget, nämlich in eine abstrakte, realitätsferne Politik der Obergrenzen.

Was haben abstrakte Vorgaben und Zahlenspielchen zur Folge? – Sie werden keinen Klimaschutz bewirken; nein, sie werden Freiheitseinschränkungen bewirken. Heute wissen wir schon, welche Freiheitseinschränkungen auf uns zukommen. Wir erleben

das mit Corona. Morgen wird das auch mit dem Klima auf uns zukommen. Sie drücken hier Steuererhöhungen durch, die auf uns zukommen. Schauen Sie mal auf die Spritpreise an den Tankstellen! Sie sind innerhalb von fünf Monaten um über 30 Cent gestiegen. Sie wollen das weitermachen, und das trotz einer Wirtschaftsflaute bei Corona. Meine Damen und Herren, der Wahnsinn ist das!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Bayern wird hier ganz gezielt und brutal deindustrialisiert. Die energieintensiven Industrien werden in andere Länder abwandern. Dort wird nicht weniger CO₂ ausgestoßen, nein, wahrscheinlich sogar mehr. Allein unsere Wirtschaft hier geht kaputt.

In Ihrem Antrag liest man etwas über Kosten. Ja, was denn? – Sie sagen selber, die Kosten seien nicht bezifferbar. Ganz genau so ist es, weil es unglaubliche Kosten sind. Ich beziffere Ihnen diese Kosten: Das sind Jobverluste, die Produktion geht ins Ausland und Energie und Mobilität werden zu Luxusgütern, die von einem normalen Menschen überhaupt nicht mehr bezahlbar sind.

Kein Geld wird mehr da sein. Das bedeutet eben auch, dass die Umwelt leiden wird. Ohne Wohlstand kein Geld für Umweltschutz. Wir werden in verödete Landschaften blicken – das zeichnet sich jetzt schon ab –, in Ruinen von Windkraftanlagen, weil kein Geld mehr für Abbau oder Repowering vorhanden ist. Die Umwelt wird leiden.

Ich sage Ihnen eines ganz zum Schluss: Umweltweltschutz und Wohlstand gehen Hand in Hand. Der Wohlstand geht verloren, und damit kommt die Armut ins Land, Armut durch Ihren Klimawahn.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Benno Zierer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es mir heute relativ leichtmachen und das Protokoll vom 27. November 2019 verlesen. Das wär's dann. Damals haben wir hier über einen Gesetzentwurf der GRÜNEN abgestimmt, der fast identisch ist mit dem, der heute vorliegt.

(Zuruf)

Das ist etwas wenig. Wenn man über Nacht die Welt retten will, kann es auch nicht anders sein.

Nichtsdestoweniger ist seitdem einiges passiert. Damals war klar, dass ein bayerisches Klimaschutzgesetz kommen wird. Dem wollten die Kolleg*innen von den GRÜNEN mit ihrem Entwurf zuvorkommen. Eine ähnliche Situation haben wir heute.

Weil der Bund nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts seine Klimaziele nachschärft, wird Bayern nachziehen – selbstverständlich. Es ist also klar: Eine Änderung des bayerischen Klimagesetzes kommt. Da holen Sie Ihren Gesetzentwurf eben mal wieder aus der Schublade heraus. Übrigens wird er auch dort kommen, wo keine GRÜNEN in Gemeinde- bzw. Stadträten sitzen. Für die Pläne und Konzepte der Kommunen soll nach Ihrem Willen der Freistaat zahlen. Das wird er sicherlich tun, er wird sich beteiligen. Die Kommunen sind sich ihrer Verantwortung absolut bewusst. Aber, es wäre sicherlich sehr lukrativ für viele Gutachter und Planungsbüros: noch mehr Gutachten, noch mehr Papier, noch mehr Dringe, die wir nicht brauchen.

Wir brauchen Maßnahmen. Es ist besser, unsere finanziellen Ressourcen in konkrete Maßnahmen zu stecken, zum Beispiel in weitere sinnvolle Förderungen für die Kommunen, um richtige Anreize zu schaffen, und natürlich in die rund hundert Projekte und Maßnahmen aus der Klimaschutzoffensive. Seien wir uns aber mal alle einig: Wir werden den Ausbau schaffen, aber nur dann, wenn wir alle erneuerbaren Energien mit ins Boot nehmen. Das heißt, wir brauchen mehr Windkraft, wir brauchen mehr Photovoltaik, wir brauchen mehr Wasserkraft, und wir brauchen auch Biogasanlagen. Nur dieser

Mix der verschiedenen Energiequellen wird es uns ermöglichen, die Energiewende zu schaffen und dementsprechend das Klima zu schützen. Anders wird es nicht gehen. Das ist das Wichtigste. Das haben wir hier auch schon mehrmals gesagt. Das ist nicht das Ende der Fahnenstange, das wird der Anfang sein. Die Bevölkerung muss mitmachen. Wir müssen die Bevölkerung mitnehmen, und zwar nicht mit übertriebenen, sondern mit konkreten und nachvollziehbaren Maßnahmen. Dann werden die Leute auch mitgehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben immer kritisiert, im bayerischen Klimagesetz wären keine konkreten Maßnahmen festgehalten. Wo es in Ihrem Entwurf konkret wird, gibt es nur eines: Vorschriften, Vorschriften und noch mal Vorschriften.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das heißt, da werden Dinge produziert, die die Menschen draußen nur zum Teil verstehen und dann nicht mitziehen. Darum ist es wichtig, mit konkreten Maßnahmen zu beginnen.

Wir wollen selbstverständlich die E-Ladestationen ausbauen, aber wir brauchen auch den Wasserstoff. Ihr beschränkt euch nur auf eine Energieform, und das ist die Elektroenergie. Wir wollen das Ganze weiter aufreißen. Das ist sicherlich sinnvoll so. Wir müssen die Hausbesitzer unterstützen und beraten; dann wird es hier ganz schnell vorwärtsgehen.

Genau aus diesem Grund sind wir heute gut beraten, Ihren Gesetzentwurf abzulehnen; denn wir wollen den Kommunen zwar vorschreiben, in einem Teilbereich, in dem sie Verantwortung haben, mitzugehen, aber mehr auch nicht. Wir werden hingegen das bestehende Klimaschutzgesetz und den Maßnahmenkatalog weiterentwickeln. Das ist wichtig: uns ehrgeizige Ziele zu setzen und sie auch zu erreichen – ich hoffe, auch mit Ihrer Unterstützung und Hilfe. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Lieber Benno, da muss man schon wirklich laut lachen, was du da von dir gibst. Außerdem die Steilvorlage gleich zu Beginn. Wenn du in das Protokoll von 2018 zum Klimagesetz reinschauen würdest, könntest du sehen, da habt ihr FREIE WÄHLER noch ganz anders gesprochen. Damals habe ich gemeinsam mit Thorsten Glauber noch gegen 10 H geklagt. So habt ihr euch wie das Fähnchen im Wind gedreht, und auf einmal wollt ihr vom Klimaschutz gar nichts mehr wissen. Ihr verstoßt gegen die Verfassung. Das ist vor gut sechs Wochen entschieden worden. Jetzt sagst du hier: Wir wollen überhaupt nichts festschreiben, alles soll freiwillig sein. Warum ist denn der Umweltminister Glauber heute nicht anwesend, wenn wir über ein Klimagesetz diskutieren? Die Reihen sind komplett leer. Ist das die Wichtigkeit des Klimaschutzes für CSU und FREIE WÄHLER?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Minister Glauber wird Ihr Gesetz gelesen haben. Dann wusste er, dass es nicht nötig sein würde, hier einzuschreiten, das macht gleich der Landtag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Außerdem waren die FREIEN WÄHLER immer für einen konkreten Ausbau bei den erneuerbaren Energien, und zwar bei allen: bei Photovoltaik, bei Windenergie, bei Biogasanlagen

(Zuruf)

und bei der kleinen und großen Wasserkraft. Wenn wir das nicht machen und nur immer rumschreien und rumheulen, wie Sie es hier machen, und gewisse Dinge auslassen, dann kommen wir nie zu diesem Ziel. Auch das müssen Sie einsehen.

(Zuruf)

Sonst noch?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nein. Vielen Dank, Herr Kollege Zierer, das war's.

Das Wort hat nun der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Kollege Florian von Brunn.

(Unruhe)

Florian von Brunn (SPD): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Es freut mich, dass Sie mich hier am Rednerpult schon freudig begrüßen. Ich will aber jetzt tatsächlich über Klimaschutz sprechen und nicht über die Verfehlungen der CSU, insofern können Sie sich beruhigt zurücklehnen.

1990 ist Bayern eigentlich mit einer guten Ausgangsposition im Klimaschutz gestartet. Wir hatten einen hohen Wasserkraftanteil. Damals hatten wir natürlich noch viel Atomkraft. Aber wenn man jetzt schaut, 20, 21 Jahre später, ist Bayern im bundesdeutschen Vergleich leider nur noch Mittelmaß. Das sind die Ergebnisse von 20, 21 Jahren sogenannter Klimapolitik der CSU. Bayern ist nur noch im Mittelfeld, obwohl es eine sehr gute Ausgangsbasis hatte.

2019 hat der damalige Ministerpräsident erklärt, Bayern würde "das modernste Klimaschutzgesetz in Deutschland" bekommen. Das waren damals seine Worte. Tatsache ist aber, dass es das wohl schlechteste Klimaschutzgesetz in Deutschland ist. Bereits ein halbes Jahr und ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts später hat derselbe Ministerpräsident davon gesprochen, dieses Gesetz sei "renovierungsbedürftig" – reno-

vierungsbereit nach einem halben Jahr! Ihr "modernstes" Klimaschutzgesetz in ganz Deutschland ist ganz offensichtlich ein Murksgesetz, wenn ich den Ministerpräsidenten einmal übersetzen darf.

Der Umweltminister Thorsten Glauber hat nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts eifertig bis zur Sommerpause einen neuen Gesetzentwurf angekündigt. Wir sind gespannt. Wir sind insbesondere gespannt, wie das funktionieren soll. Die Denkblockade der CSU und die Umsetzungsblockade, die bei der Windkraft noch vorherrscht, stimmen uns allerdings skeptisch.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, es ist doch ganz einfach: Jeder Fachmann, der sich mit der Energiewende auskennt, kann vorrechnen: ohne Windkraft keine Energiewende, ohne Energiewende kein Klimaschutz. So einfach ist das. Insofern funktioniert ein Gesetz ohne Aufhebung des Windkraftstopps einfach nicht.

(Beifall bei der SPD)

Als Zweites macht mich stutzig, dass der Finanzminister den Koalitionspartner, den Umweltminister Thorsten Glauber, ausbremst, wenn dieser sagt: "Ich brauche zwei Milliarden Euro Klimaschutzinvestitionen", obwohl die wahrscheinlich zu niedrig angesetzt sind, und dann auf die Sparpolitik und die Schuldenbremse verweist. Tatsächlich ist es so, dass solche Investitionen in die Energiewende und in den Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens milliardenschäden verhindern, die durch die Klimaerhitzung auftreten und unseren Kindern und deren Kinder auf die Füße fallen werden. Eine solche Finanzpolitik, wie Herr Füracker sie intoniert hat, ist wirklich alles andere als nachhaltig.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt haben die GRÜNEN als Erste einen Entwurf für ein neues Klimaschutzgesetz vorgelegt. Sie haben das Jahr der Klimaneutralität nach vorn gezogen. Sie folgen dem durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorgegebenen Pfad und passen an,

insbesondere bei der Verringerung des Ausstoßes von CO₂ für den Zeitraum bis 2030. Das ist gut. Sie übernehmen von der SPD das, was wir in den Änderungsanträgen zum Glauber'schen Gesetz und nach der Expertenanhörung formuliert hatten, nämlich Ziele für die einzelnen Sektoren Verkehr, Energie usw. sowie das Monitoring und auch den Nachsteuerungsmechanismus, den Svenja Schulze für das Bundes-Klimaschutzgesetz erfunden hat. Das ist gut. Wir sehen aber kritisch und beleuchten noch einmal die Frage des klimaneutralen Wohnungsbestandes: Was bedeutet das für Mieterinnen und Mieter? Das ist für uns eine ganz wesentliche Frage.

Wir sehen auch kritisch, dass Sie sagen: Die Kommunen müssen leisten. Die Kommunen sind ein wichtiger Player im Klimaschutz, aber sie brauchen finanzielle Unterstützung, und da reicht es nicht aus, auf das Konnexitätsprinzip zu verweisen.

Ein sehr wichtiger Punkt, den wir auch in den Ausschussberatungen deutlich machen werden, ist der soziale Ausgleich beim Klimaschutz. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege von Brunn. – Nächster Redner ist der Kollege Christoph Skutella für die FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss gar nicht allzu sehr in die Forderungen des vorliegenden Gesetzentwurfs schauen, um ihn ablehnen zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie schütten schon in Ihren Grundsätzen das Kind mit dem Bade aus, wenn Sie in Artikel 4 Absatz 3 Ihres Gesetzentwurfs schreiben, dass dem Klimaschutz besonderes Gewicht zukommen soll – ich zitiere – auch, "wenn es sich im Einzelfall um geringe Beiträge zur Treibhausgasmin- derung handelt". Wenn Sie das wirklich so meinen, verteuern Sie den Klimaschutz ins

Extreme und werden dafür sorgen, dass aufgrund Ihrer kleinsten Detailregelungen sozial schwache Familien und Bürger bei Ihrer Politik auf der Strecke bleiben.

Wir müssen beim Klimaschutz aber genau das Gegenteil von dem tun: Wir müssen die Leute mitnehmen. Wir müssen groß und neu denken und dürfen nicht in jeden winzigen Prozess der Wirtschaft und der Gesellschaft eingreifen.

Was heißt außerdem "geringe Beiträge zur Treibhausgasminderung"? – Nach meiner Interpretation der Passage würde das bedeuten, dass wirklich keinerlei Flächen für Neubaugebiete oder für Gewerbeflächen gerodet werden dürften. Sie behindern mit der Agenda, die Sie in den letzten Monaten immer wieder bemüht haben – wir in der nördlichen Oberpfalz können davon ein Lied singen –, regelmäßig die Regionalentwicklung.

Mit dem fehleranfälligen Budgetansatz, den unsinnigen Sektorzielen, dem zweifelhaften Vorziehen der Klimaziele und der fehlenden Innovationskraft des Gesetzentwurfs gibt es noch einige weitere Aspekte, die man hier kritisieren kann, weil sie für den Klimaschutz schlichtweg kontraproduktiv sind. Ich möchte meine Ausführungen aber auf ein paar Punkte eingrenzen und die restlichen Punkte mit Ihnen im Ausschuss diskutieren. Ich möchte Ihnen kurz skizzieren, wie wirksamer Klimaschutz aussieht.

Für uns steht fest: Einen spürbaren und effizienten Effekt auf die Treibhausgasreduktion kann es nur auf internationaler Ebene geben. Das hält auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss fest. Mittlerweile rufen 127 Staaten, die für rund 63 % aller Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, eine Klimaneutralität für ihr Land aus oder erwägen, dies zu tun. Unter ihnen sind Schwergewichte wie die USA, China, Indien, Südkorea und Japan. Neueste Berechnungen, die beim Petersberger Klimadialog vorgestellt worden sind, gehen sogar davon aus, dass die weltweiten Zusagen zur Klimaneutralität für eine Begrenzung von unter zwei Grad erfüllbar sind.

Hinzu kommt, dass durch den geplanten europäischen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus endlich Bewegung in die Diskussion um einen globalen CO₂-Preis gekommen

ist. Die Chancen waren noch nie so groß, mit unseren amerikanischen und asiatischen Partnern gemeinsam Standards für das Monitoring der Emissionen und deren Preis zu entwickeln sowie klimaschutzwillige Länder vor Nachteilen im internationalen Wettbewerb zu schützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, mit Ihrem Gesetzentwurf greifen Sie wieder einmal planwirtschaftlich in die Gesellschaft ein. Sie greifen in Entwicklungsprozesse ein. Sie greifen in Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen ein. Sie gefährden die wirtschaftliche Stärke des Freistaats, und vor allem lähmen Sie damit Transformationsprozesse, die bereits angelaufen sind. Wir als FDP-Fraktion werden so etwas nicht mitmachen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall und damit so beschlossen.